

Dem Wahlparteitag folgt ein Programmparteitag

Die erfolgreiche Politik muß weiter fortentwickelt werden

Der am kommenden Montag (9. November 1987) in Bonn stattfindende 35. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union ist ein Wahlparteitag, in dessen Mittelpunkt die Neuwahl des Bundesvorsitzenden, der sieben Stellvertreter, des Bundesschatzmeisters und der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes steht. Gleichzeitig ist dieser Parteitag aber auch der Einstieg in eine breite Programmdiskussion im Hinblick auf den 36. Bundesparteitag im Juni 1988 in Wiesbaden.

Generalsekretär Heiner Geißler sagte vor Journalisten in Bonn, die CDU müsse ihr Profil und ihre Kompetenz als „moderne, bürgernahe und sozial aufgeschlossene Volkspartei“ stärken. Dazu gehöre auch eine offene Aussprache über die letzten nicht zufriedenstellenden Wahlergebnisse und die Ereignisse von Kiel. Für diese Aussprache würden voraussichtlich dreieinhalb Stunden zur Verfügung stehen.

Neben den Neuwahlen zum Bundesvorstand der CDU steht die Gründung einer Seniorenenunion als neuer Vereinigung der CDU im Mittelpunkt des 35. Parteitages.

Die Bilanz der Arbeit der CDU und die Arbeit der kommenden Monate werden im Mittelpunkt der Reden des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs und des Fraktionsvorsitzenden und der sich daran anschließenden mehrstündigen Aussprache stehen.

HEUTE AKTUELL

● TERROR

Der feige Mord an den beiden Polizeibeamten in Frankfurt erfüllt alle Demokraten mit tiefer Abscheu. Seite 3

● WIRTSCHAFT

Das Herbstgutachten der Wirtschaftswissenschaftler signalisiert: Der Aufschwung setzt sich weiter fort. Seite 5

● ARGUMENTE

SPD-Quellensteuer sollte die Masse der Sparer treffen. Seite 8

● ABRÜSTUNG

Das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow ist auch ein Erfolg der Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl. Seite 9

● DOKUMENTATION

Es gibt nur eine gemeinsame Geschichte der Deutschen. Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Gründung des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Grüner Teil

Gleichzeitig ist der 35. Bundesparteitag der Beginn einer intensiven programmati-schen Diskussion innerhalb der CDU, die auf dem 36. Bundesparteitag vom 13. bis 15. Juni 1988 in Wiesbaden in konkrete Beschlüsse umgesetzt wird. An dieser Diskussion wird die Partei auf allen Ebenen beteiligt. In Fachgesprächen, Kongressen und Anhörungen werden Experten aus Wissenschaft, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen in diese Diskussion einbezogen. Drei Themen stehen im Mittelpunkt dieser inhaltlichen Diskussion:

- In der Außen- und Deutschlandpolitik sollen auf der Basis christlich-demokratischer Grundsätze die konkreten Inhalte für die kommenden Jahre weiterentwickelt werden.
- Als ein weiterer Schwerpunkt soll das Thema „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ behandelt werden. Es wird dabei darum gehen, in einer Zeit tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, rascher technischer Entwicklungen und fast unbegrenzten wissenschaftlichen Fortschritts auf diese neuen Herausforderungen neue Antworten in Übereinstimmung mit dem christlichen Menschenbild als Basis unserer Politik zu finden.
- „Die CDU als moderne Volkspartei“ ist das dritte Thema des 36. Bundesparteitages. Die CDU als die größte deutsche Volkspartei steht vor der Aufgabe, ihr Profil und ihre Kompetenz als moderne, bürgernahe und sozial aufgeschlossene Volkspartei der Mitte zu stärken. Dazu gehören vor allem neue Formen der Parteiarbeit, eine Organisations-, Struktur- und Finanzreform der Partei.

Drei Kommissionen, denen Experten aus Wissenschaft, Politik und Verbänden angehören, bereiten unter Leitung des Generalsekretärs Entwürfe für die Diskussion und Entscheidungen der Partei

vor. Die Kommission zur Reform der Parteiarbeit hat ihre Arbeit bereits im September 1987 aufgenommen. Zwei weitere Kommissionen werden noch im Laufe des Monats November berufen.

In einem zweistufigen Verfahren werden Leitanträge und die Voraussetzungen für Beschlüsse beim Bundesparteitag 1988 vorbereitet. Im Februar 1988 werden die Ergebnisse der Kommissionsarbeit den Parteigliederungen zugeleitet. Alle Gliederungen der Partei haben die Möglichkeit, sich zu diesen ersten Entwürfen zu äußern. Auf der Grundlage dieser Rückäußerungen wird der Bundesvorstand im April 1988 seine Anträge an den 36. Bundesparteitag formulieren. Zu diesen sog. „Leitanträgen“ werden die Gliederungen erneut Änderungsanträge stellen können.

Hessen soll „Nummer eins“ werden

Hessen will sich eine Spitzenstellung unter den Bundesländern erobern. CDU-Finanzminister Kanther, der nach 40 Jahren SPD-Regierungszeit den Landesetat 1988 zur ersten Lesung in den Landtag einbrachte, nahm dies zum Anlaß, die Erfolge im ersten halben Jahr der neuen CDU/FDP-Regierung in Hessen aufzulisten und einen Ausblick auf die Zukunft zu geben. Der Finanzminister will sich die südlichen Länder Bayern und Baden-Württemberg zum Beispiel nehmen und dafür sorgen, daß Hessen diese Länder im Aufschwung noch übertrifft. Dafür sind nach Kanthers Einschätzung Rahmenbedingungen notwendig, die die neue Regierung erfüllen kann. „Die ruhige Hand der Koalitionsführung hat zustande gebracht, daß Hessen vollkommen aus der politischen Skandalecke heraus ist, in der es sich in den letzten Jahren schlagzeileenträchtig getummelt hat.“

Erklärung der Bundesregierung zu den Polizistenmorden in Frankfurt

Die Bundesregierung ist bestürzt und erschüttert über die Ermordung zweier Polizeibeamten bei Demonstrationen an der Startbahn West in Frankfurt. Ihr tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der ermordeten Beamten. Sie wünscht den verletzten Polizeibeamten baldige Genesung.

Zwei Beamte wurden bei dem pflichtgemäßen Bemühen, eine gewalttätige Demonstration aufzulösen, hinterhältig erschossen. Diese Verbrechen übersteigen in unbegreiflicher Weise das bisher bekannte Ausmaß von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung. Die Bundesregierung hat wiederholt — so in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März 1987 — ihre Sorge vor der Eskalation der Gewalt zum Ausdruck gebracht. Diese Sorge war leider nur zu berechtigt. Sie wird geschürt durch die Verharmlosung der Gewalt. Wird Gewalt verharmlost, gehen Gewalthemmungen verloren.

Die Verbrechen in Frankfurt machen für alle zweifelsfrei deutlich, daß gewalttä-

tige Demonstranten die politischen Auseinandersetzungen um staatliche Vorhaben zum Vorwand nehmen, den Staat als solchen zu treffen. Die Bundesregierung wiederholt deshalb ihre dringende Mahnung an friedlich gesinnte Demonstranten, Gewalttätern nicht das Feld bereitzustellen, auf dem diese ihren sinnlosen Kampf gegen den Staat führen können.

Jeder Veranstalter von Demonstrationen wird in Zukunft verstärkt Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob er durch Art und Weise der Veranstaltung und durch die Wahl des Demonstrationsortes Gewalttätern Gelegenheiten zu Straftaten bietet.

Der Staat wird der Gewalt nicht weichen. Die Bundesregierung appelliert an die Polizei, nicht irre zu weden an ihrer Aufgabe, die Sicherheit und Freiheit der Bürger zu schützen. Die Polizei findet auch in Zukunft die volle Unterstützung der Bundesregierung. Polizeibeamten, die ihre schwere Aufgabe auch unter persönlichen Gefährdungen wahrnehmen, gilt unsere besondere Solidarität.

Beileidstelegramm des Bundeskanzlers an die Angehörigen

Helmut Kohl sandte an Frau Anita Eichhöfer, Hanau, folgendes Beileidstelegramm:

„Sehr geehrte Frau Eichhöfer, mit großer Bestürzung und Erschütterung habe ich erfahren, daß Ihr Mann in der vergangenen Nacht durch Schüsse von hinterhältigen Gewalttätern bei einem Einsatz an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens umgebracht worden ist. Die gemeine mörderische Tat hat Ihren Mann in der Ausübung seines verantwortungsvollen Berufs getroffen. Sie erfüllt alle Demokraten mit tiefer Abscheu. Bund und Land werden alle ihnen möglichen und geeigneten Anstrengungen unternehmen, um das Verbrechen aufzuklären und künftigen Gewalttaten entgegenzuwirken. Polizeibeamten, die ihre schwere Aufgabe auch unter persönlichen Gefährdungen wahrnehmen, gilt unsere besondere Solidarität.

Zu dem schmerzlichen Verlust, den Sie und Ihre Kinder durch diese abscheuliche Tat erlitten haben, spreche ich Ihnen meine tiefste Anteilnahme aus.

Mit stillem Gruß
Helmut Kohl“.

Das Telegramm an die Eheleute Walter und Sieglinde Schwalm, Willingenhausen, hatte den gleichen Inhalt.

Walter Wallmann:

Wir werden mit aller Härte antworten

Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann gab am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Frankfurt folgenden Kabinettsbeschuß bekannt:

Zum ersten Mal sind Polizeibeamte bei einer gewalttätigen Demonstration ermordet worden. Polizistenmorde werden auf der ganzen Welt als besonders verabscheuungswürdig und als Angriff auf den inneren Frieden gewertet. Das gilt insbesondere in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Landesregierung wird auf diesen Mord an Polizeibeamten mit aller Härte antworten, die die Rechtsordnung zur Verfügung stellt. Die Polizei darf bei gewalttätigen Demonstrationen nicht wehrlos sein. Deswegen werden wir die hessische Polizei mit allen geeigneten Mitteln ausrüsten, um gegen Gewalttätigkeiten wirkungsvoll und präventiv vorgehen zu können.

Gesetzliche Regelungen sind erforderlich, um der Polizei vorbeugend wie im Einsatz die erforderliche Rechtsgrundlage für die Verhinderung bzw. für die Verfolgung von Gewalttaten zur Verfügung zu stellen.

Der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident werden morgen (Mittwoch, 4. November 1987) an der Sitzung des Bundeskabinetts teilnehmen. Sie werden dabei mit dem Bundeskabinett die Novellierung des Versammlungsrechts, des Vermummungsverbotes wie des Landfriedensbruchs behandeln. Danach wird die Landesregierung entscheiden, ob eigene gesetzgeberische Initiativen erforderlich sind.

Die Landesregierung hat für die Ergreifung der Täter einen Betrag von 100.000 DM ausgesetzt.

CDU/CSU-Fraktion gedachte der ermordeten Polizisten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu Beginn ihrer Fraktionssitzung am Dienstag, 3. November 1987, in einer Gedenkminute der beiden am Frankfurter Flughafen ermordeten Polizisten gedacht.

Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger führte dazu aus: Wir beginnen unsere heutige Fraktionssitzung mit einem Gedenken an die beiden Polizeibeamten, die in Frankfurt einem Mordanschlag zum Opfer gefallen sind. Wir trauern mit ihren Angehörigen um diese beiden Männer, die in der Abwehr vermummter

Gewalttäter ihr Leben verloren haben. Wir sprechen ihren zum Teil schwerverletzten Kameraden unsere Anteilnahme aus. Wir können es nicht dulden, daß Gewalttäter sich wie Kader einer Bürgerkriegsarmee auf unseren Straßen zeigen. Wir werden uns noch in dieser Woche im Deutschen Bundestag mit dieser Frage befassen. Wir werden mit den anderen Fraktionen beraten, was zu tun ist, insbesondere mit unserem Koalitionspartner. Betroffenheit, die keine Konsequenzen hat, ist nicht glaubwürdig. Wir wollen den beiden Toten ein kurzes Gebet widmen.

Aufwärtsentwicklung setzt sich auch 1988 fort

„Seit dem Frühjahr haben sich die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bundesrepublik wieder gefestigt. Neben der Inlandsnachfrage trägt nun auch wieder die Auslandsnachfrage zum Anstieg der Konjunktur bei. Insofern erscheinen die Bedingungen für eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung auch im nächsten Jahr als günstig.“

So beurteilen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem soeben vorgelegten **Herbstgutachten** die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik. Die Institute sind davon überzeugt, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik im kommenden Jahr fortsetzen wird. Auch 1988 wird die Wirtschaft weiter wachsen, die Institute sagen einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresergebnis um etwa 2 Prozent voraus.

In ihrem Konjunktur-Ausblick kommen die fünf Institute zu dem Ergebnis, die Kursstürze an den internationalen Finanzmärkten in den letzten Wochen ließen zwar neue Risiken erkennen, seien aber keine Vorboten einer weltwirtschaftlichen Rezession. Vielmehr sei es wahrscheinlicher, daß bei dem absehbaren Kurs der Wirtschaftspolitik in den wichtigsten Industrieländern eine nachhaltige Vertrauenskrise vermieden werde.

„In der Bundesrepublik Deutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Frühjahr wieder deutlich aufwärts gerichtet. Der Rückschlag von Nachfrage und Produktion, der im Herbst des vergangenen Jahres — ausgelöst durch die beträchtlichen Veränderungen der Preis- und Wechselkursrelationen und die

damit verbundenen Anpassungsfraktionen — eingesetzt und mit dem sich die Erwartungen von Unternehmen und privaten Haushalten stark eingetrübten hatten, ist damit überwunden . . . Den Ausschlag für die konjunkturelle Besserung gab, daß sich die D-Mark auf den Devisenmärkten nicht weiter verteuerte und damit die Unsicherheit bei Investoren und Verbrauchern abnahm.“

Nach den Börsenturbulenzen in den letzten Wochen ist nach Ansicht der Wirtschaftsforscher in der Bundesrepublik eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung mit mäßigen Tempo wahrscheinlicher als ein erhebliches Nachlassen der Expansion oder gar eine Rezession. Entgegen den pessimistischen Prognosen zu Beginn dieses Jahres haben auch die Ausfuhren wieder zugenommen. „Gesteigert wurden vor allem die Lieferungen in die Partnerländer der Europäischen Gemeinschaft.“

Der Motor der Konjunktur war 1987 der private Verbrauch. Von ihm gingen spürbare Anregungen auf die Konjunktur aus. Hauptsächlich nachgefragt wurden vor allem Personenkraftwagen, aber auch elektrotechnische Erzeugnisse und Möbel. **Den Hauptgrund für die kräftige Ausweitung des Verbrauches sehen die Wirtschaftsinstitute in dem zügigen Anstieg der Einkommen.**

Hierfür sind insbesondere Nachzahlungen bei den Tarifabschlüssen, die zur Jahresmitte verstärkt angehobenen Renten und die Verbilligung von Energie, die für viele Haushalte über Rückzahlungen und Verringerungen der Vorauszahlungen bei den Heizkosten erst in diesem Jahr kaufkraftwirksam wurden, verantwortlich.

„Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen ist nach wie vor durch starke Schwankungen geprägt, die die konjunkturelle Grundtendenz überdecken.“

Danach haben insbesondere die Investitionen in elektronische Anlagen zur Datenverarbeitung und Prozeßsteuerung kräftig zugenommen. Die Entwicklung bei den Bauinvestitionen ist durch Rückgänge im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau, jedoch durch Steigerungen im gewerblichen Bau gekennzeichnet.

Insgesamt sehen die Forschungsinstitute den Rückschlag bei der Produktion als überwunden an. „Alles in allem nimmt die Endnachfrage seit dem Frühjahr wieder zügig zu.“

Die konjunkturelle Belebung hat sich auf dem Arbeitsmarkt noch nicht so deutlich niedergeschlagen. Ende 1987 wird die Zahl der Erwerbstätigen jedoch um 145.000 Personen höher sein als ein Jahr zuvor. Damit nimmt die Zahl der Beschäftigten weiterhin zu. Für 1988 wird ein Anstieg der Beschäftigten um 80.000 vorhergesagt.

„Weil (jedoch) die Nachfrage nach Arbeitskräften schwächer als das Erwerbspersonenpotential stieg und zudem nach wie vor Personen aus der stillen Reserve Arbeit suchen, nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf weiter zu.“ Ein Lichtblick zeigt sich bei der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, diese nahm deutlich ab. Die Verbraucherpreise bleiben nach wie vor stabil, im Durchschnitt des Jahres 1987 beträgt die Steigerung insgesamt 0,5 Prozent.

In ihrer Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzpolitik stellen die Wirtschaftsforscher der Politik der Bundesregierung ein gutes Zeugnis aus. Die Politik der Senkung der Steuerbelastung und der Reform des Steuersystems wird als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. Ebenso sind die Steuersenkungen unter konjunktur-

und wachstumspolitischen Gesichtspunkten zu befürworten. Damit bestätigen die Wirtschaftsforschungsinstitute den von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurs der Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft.

Positiv äußern sich die Konjunkturforscher auch zu den Vereinbarungen der Koalition zur Finanzierung der Steuerreform. Diese haben „weitgehend Klarheit darüber geschaffen, was die Reformbeschlüsse vom Frühjahr für die Unternehmen und die Haushalte letztlich an Weni ger- und Mehrbelastung bringen“.

Die Kürzungen von Steuervergünstigungen, die die Bundesregierung beschlossen hat, zielen auf eine gleichmäßiger e steuerliche Behandlung der Einkommen verschiedener Arbeitnehmergruppen, auf eine gleichmäßiger e Besteuerung der verschiedenen Einkommensarten und der Einkommensverwendung. Hervorgehoben wird auch der Verzicht auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze.

„Der Tendenz nach ist die Bundesregierung damit auch der Vorstellung der Institute gefolgt, daß zur Förderung des Wachstums und der Beschäftigung nicht nur die Senkung der Steuertarife erforderlich ist, sondern auch die Verringerung solcher Fehlkalkulationen, die durch Steuervergünstigungen bewirkt werden.“

Bescheinigen die Wirtschaftsforscher der Bundesregierung in der Steuerpolitik, den richtigen Weg zu beschreiten, so gibt es ihrer Meinung nach in anderen Bereichen noch viel zu tun. „Nach wie vor werden durch Regulierungen des Marktzuganges, der Preise oder der Mengen der Wettbewerb und der Strukturwandel der Wirtschaft behindert, mit der Folge, daß sich besonders im Dienstleistungssektor weniger Dynamik entwickelt als möglich wäre.“

Im Bereich der Lohnpolitik gehen die

Finanzierung der Steuerreform ist nun abgeschlossen

Die Finanzierung der Steuerreform ist nun komplett, die Koalition hat sich über einige noch offene Finanzierungspunkte geeinigt. Die Beschlüsse im einzelnen:

- die neue Arbeitnehmerpauschale wird statt 1.644 DM nunmehr 2.004 DM betragen;
- bei der Besteuerung der Zuschläge für Nacharbeit soll eine einheitliche Freigrenze von 25 Prozent für regelmäßige und für nicht regelmäßige Nacharbeit eingeführt werden.

Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, daß sich die Tariflöhne im kommenden Jahr ähnlich stark erhöhen wie im laufenden. Dies liegt daran, daß in diesem Jahr in drei wichtigen Bereichen (Metall-, Chemie- und Druckindustrie) Tarifverträge mit dreijähriger Laufzeit vereinbart worden sind.

Warnend deuten die Institute darauf hin, daß damit 1988 auch die Lohnstückkosten in dem Maße steigen, wie in den letzten beiden Jahren. Das bedeutet keinen Anreiz, vermehrt Arbeitskräfte einzustellen. Für bedenklich halten die Institute, daß es nach wie vor an einer stärkeren Differenzierung der Tarifabschlüsse mangelt. Im Hinblick auf den geringer gewordenen Verteilungsspielraum wird auf die große Verantwortung der Tarifvertragsparteien hingewiesen.

Die Geldpolitik — so die Konjunkturforscher — sollte wieder am mittelfristig möglichen Wachstum der Produktion ausgerichtet werden. Dazu gehöre auch, ein Geldmengenziel anzukündigen, das nach der Meinung der Mehrheit der Institute

für 1988 etwa 5 Prozent betragen soll. Dadurch soll eine Beschleunigung der Inflation durch eine expansive Geldpolitik der Bundesbank vermieden werden.

Insgesamt gesehen bestätigt das Herbstgutachten der Institute die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung.

DIHT-Umfrage: Unternehmen rechnen wieder mit steigenden Exporten

Die neueste Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigt: die Unternehmen erwarten wegen der inzwischen wieder verbesserten Auftragseingänge aus dem Ausland, ihre Exporte 1988 mengenmäßig steigern zu können. Insgesamt 85 % aller befragten Unternehmen rechnen für das kommende Jahr mit höheren oder gleichen Exporten. Dies stellt eine erstaunliche Verbesserung der Unternehmenserwartungen seit Jahresanfang dar, im Februar waren nur 69 % der Befragten davon überzeugt, daß sich die Exportchancen wieder verbessern.

Gefestigt wurde das Vertrauen der Unternehmen in ihre Exportfähigkeit vor allem durch die letzten beiden Jahre, die gezeigt haben, daß Exporterfolge nicht in erster Linie vom Wechselkurs abhängig sind. Wichtiger für die Entwicklung der deutschen Exportchancen sind vielmehr Kriterien wie Qualität, Kundenkontakt, Service, Verlässlichkeit sowie die Fähigkeit, sich schnell den Wünschen der Nachfrage anpassen zu können. Die hohe eigene Wettbewerbsfähigkeit wird von den befragten Unternehmen als positiver Faktor eingeschätzt. Verbesserte oder neue Produkte sowie verstärkte Anstrengungen auf den Auslandsmärkten sichern Geschäftsabschlüsse auch in schwieriger Zeit.

SPD-Quellensteuer sollte die Masse der Sparer treffen

Es ist noch nicht lange her, da forderte die SPD die Einführung der Quellensteuer. Mit deren Hilfe wollte sie auch an die Zinsgewinne der kleinen Sparer ran.

Die SPD wollte:

- Erstens die Banken zu Kontrollmitteilungen an die Finanzämter verpflichten. Das Bankgeheimnis sollte also aufgehoben werden, der „gläserne Steuerbürger“ wäre die Folge gewesen.
- Zweitens wollte die SPD die Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist in die Regelung einbeziehen. Damit wären gerade die kleinen Sparer betroffen gewesen.

Die „kleine Kapitalertragsteuer“ der CDU-geführten Bundesregierung sieht anders aus:

1. das Bankgeheimnis wird voll gewahrt bleiben;
2. bei kleinen Einkommen (bis 24.000/48.000 DM Ledige/Verheiratete) wird kein Abzug vorgenommen;
3. Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist (z. Zt. 455 Milliarden DM des Gesamtparvolumens von 687 Milliarden DM = 66,3 %) sind nicht betroffen.

Die „kleine Kapitalertragsteuer“ wird ab 1989 auch für Erträge aus länger laufenden Kapitallebensversicherungen eingeführt. Dies gilt jedoch nur für die außerrechnungsmäßigen Zinsen aus den Sparanteilen und die Erträge aus den Risikoanteilen der Versicherungsbeträge.

Unser Einkommensteuersystem beruht auf dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diese wird auch dort gebildet, wo Kapi-

tal Erträge abwirft. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, aus langfristigen Sparverträgen mit einem Kreditinstitut oder aus langfristigen Kapitalansammlungsverträgen mit einem Lebensversicherungsunternehmen fließen.

Im übrigen enthält auch die „kleine Kapitalertragsteuer für Lebensversicherungen“ eine soziale Komponente: Wer nicht einkommensteuerpflichtig ist oder wessen Einkommen einem Steuersatz von weniger als 10 % unterliegt, kann beim Finanzamt eine Erstattung beantragen. Die von der Bundesregierung geplante „kleine Kapitalertragsteuer“ ist nicht identisch mit der Quellensteuer der SPD.

Schlee: Neue Formen der Wählerwerbung

Wegen der großen Bedeutung Südwürttembergs für die Landtagswahl im März 1988 will sich die CDU des ländlichen Regierungsbezirks Tübingen im Wahlkampf besonders anstrengen. Der bei dem Bezirksparteitag in Wangen mit 94 Prozent der Stimmen wiedergewählte Bezirksvorsitzende Dietmar Schlee kündigte neue Formen und Methoden der Wählerwerbung an, um die Bauern für die CDU zu gewinnen und potentielle Nichtwähler an die Urnen zu bringen. Die Einbußen bei der Bundestagswahl im Januar dieses Jahres, ausgelöst insbesondere durch das Wahlverhalten unzufriedener Bauern, bereitet der Partei Sorgen. Schlee forderte die 220 Delegierten des Parteitags dazu auf, die verlorenen Prozentpunkte zurückzuerobern.

Gipfeltreffen ein Erfolg von Kohls berechenbarer Politik

Am 7. Dezember werden sich der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow zum dritten Mal treffen. Nach ihrer ersten Begegnung im November 1985 in Genf und den Beratungen in Reykjavik im Dezember 1986 dürfte der nun vereinbarte Gipfel in Washington ein Meilenstein in der Geschichte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und damit für die West-Ost-Beziehungen insgesamt werden.

Die Bundesregierung begrüßt es, daß anlässlich des jüngsten Besuchs des sowjetischen Außenministers in Washington ein Aktionsplan zur Weiterentwicklung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs vereinbart wurde, der den zukünftigen Kurs absteckt. Beide Seiten stimmen überein, den Vertrag über die völlige Abschaffung sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen von 500 bis 5.500 km so schnell wie möglich abzuschließen. Dieses Abkommen kann bei dem Gipfeltreffen in Washington von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow unterzeichnet werden. Damit würde zum ersten Mal eine ganze Kategorie von Nuklearwaffen auf dem Verhandlungsweg beseitigt.

Ein solches INF-Abkommen zwischen den USA und der UdSSR ist gerade deshalb von größter historischer Bedeutung, weil es das Tor für weitere Abrüstungsschritte öffnet. Als nächste wichtige Etappen des Prozesses der Abrüstung und Rüstungskontrolle sind ein sowjetisch-amerikanischer Vertrag über eine 50prozentige Verringerung der strategi-

schen Offensivwaffen und ein weltweites Verbot von Chemiewaffen anzustreben. Zugleich erwartet die Bundesregierung von dem Gipfeltreffen Anfang Dezember in Washington weitere Impulse. Dabei geht es der Bundesregierung vor allem darum, daß möglichst rasch in Wien ein Mandat für die konventionelle Abrüstungskontrolle vereinbart wird, damit das Übergewicht des Warschauer Pakts auf diesem Feld abgebaut wird.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat seit seinem Amtsantritt im Herbst 1982 konsequent eine Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt, die zum Ziel hat, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen. Gegen den erbitterten Widerstand der Opposition steuerte Helmut Kohl seinen klaren und berechenbaren Kurs — von der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bis hin zur doppelten Null-Lösung. Die Bundesregierung leistete wichtige Beiträge für den Verhandlungsprozeß der beiden Großmächte, indem sie mögliche Hürden auf dem Wege zum Erfolg bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle beseitigte sowie ihre eigenen Anstrengungen zur Verbesserung des West-Ost-Klimas verstärkte. Grundlage dafür war das ständige Bestreben des Bundeskanzlers, die Zusammenarbeit im Bündnis zu festigen und die Solidarität zu stärken.

Für die Bundesregierung gilt nach wie vor, daß sie konkrete Schritte der Abrüstung befürwortet, daß aber Abrüstung für sich allein kein Selbstzweck ist: Jeder Schritt auf dem Abrüstungswege muß ein Stück mehr an Sicherheit für unsere Bürger bringen, um so Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern. Die sich nun abzeichnenden Ergebnisse der Verhand-

Hannelore Kohl erhält „Niederrhein-Eule“

Für ihre „politische Klugheit“ wird Hannelore Kohl als Präsidentin des Kuratoriums für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems mit der „Nie-

lungen zwischen den USA und der UdSSR sind eindeutig positiv zu bewerten. Die Bundesregierung begrüßt diesen Prozeß der Abrüstung und Rüstungskontrolle, weil er vor allem auch unseren Sicherheitsinteressen dient.

Bundeskanzler Helmut Kohl kann das bevorstehende Treffen in Washington und die Unterzeichnung des INF-Abkommens durch Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan als hervorragenden Erfolg seiner stringenten Außen- und Sicherheitspolitik verbuchen, als Krönung seines eigenen Kurses in der Abrüstungs- und Friedenspolitik.

Eine weitere nachhaltige Verbesserung des West-Ost-Klimas dient vor allem unseren Interessen. Der Bundeskanzler strebt seit langem intensivere Beziehungen zu unseren ost- und südosteuropäischen Nachbarn auf allen Ebenen an; dabei ist das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion von zentraler Bedeutung. Ebenso hofft die Bundesregierung, daß eine solche Klimaverbesserung die Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen fördert: Das dient insbesondere den Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

In diesem Jahr werden rund fünf Millionen Landsleute aus der DDR zu uns reisen können — davon über eine Million unterhalb des Rentenalters; diese Zahlen spiegeln in erfreulicher Weise den Erfolg wider, den die Regierung Helmut Kohl mit Beharrlichkeit und Ausdauer in der Deutschlandpolitik bislang erreicht hat.

derrhein-Eule“ des CDU-Bezirksverbandes Niederrhein geehrt. Die Auszeichnung, eine Nachbildung einer kleinen römischen Bronzefigur aus dem antiken Gräberfeld in Krefeld-Gellep, soll ihr am 14. November auf der Burg Linn überreicht werden. Bisherige Empfänger der „Niederrhein-Eule“ waren unter anderen der französische Ministerpräsident Jacques Chirac, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Helmut Kohl.

Förderung begabter Schüler hat sich bewährt

Das in Baden-Württemberg praktizierte „Programm zur Förderung besonders begabter Schüler“ hat sich nach Ansicht von Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) bewährt. Zum Beginn der Hochbegabtenförderung vor drei Jahren machten 568 Schüler von dem erweiterten Bildungsangebot Gebrauch. Mittlerweile sind es 3000 Schüler aus 266 Schulen. Die Hochbegabten werden in Arbeitsgemeinschaften gefördert. Die Teilnahme der Schüler ist freiwillig; ein Aufnahmetest findet nicht statt. Die Lehrer entscheiden, wer hochbegabt ist. Die Zusatzausbildung nimmt pro Woche zwei Stunden in Anspruch.

Belgier lenken ein

Zur Entscheidung der belgischen Regierung, keine Autobahngebühren einzuführen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dionys Jobst: Die belgische Regierung trifft eine vernünftige Entscheidung, wenn sie ihre Absicht fallenläßt, eine Autobahngebühr für Ausländer einzuführen. Eine solche neue Weggegebühr in Europa wäre für die deutschen Autofahrer unzumutbar gewesen und hätte zwingend Gegenmaßnahmen erfordert.

Ein Jahr nach Sandoz:

Neue Störfallverordnung verschärft Kontrolle der Unternehmen

Ein Jahr nach der Brandkatastrophe beim Baseler Chemie-Konzern Sandoz, die zu der folgenschweren Vergiftung des Rheins führte, sind die intensiven Vorarbeiten zur Verbesserung der Störfallvorsorge abgeschlossen. Bundesumweltminister Klaus Töpfer rechnet damit, daß die neue Störfallverordnung, die deutlich verschärzte Kontrollen der Unternehmen vorsieht, noch vor Weihnachten vom Kabinett beschlossen wird und im Frühjahr nächsten Jahres in Kraft treten kann.

Auch der forcierte Ausbau des internationalen Warn- und Alarmsystems Rhein, das am 1. Oktober 1987 von den Rheinliegerstaaten beschlossene Aktionsprogramm und die geplante Neuordnung des gesamten Umwelthaftungs- und Strafrechts machen deutlich, daß im Interesse der Umwelt und der Menschen entschieden gehandelt wird.

Verschärfung des Störfallrechts

Die bisherige Störfallverordnung, die 1980 von der SPD-geführten Bundesregierung verabschiedet wurde, hat sich in der Vergangenheit als völlig unzulänglich erwiesen: Die wichtigsten Paragraphen beschäftigen sich vor allem mit Einschränkungen des Geltungsbereichs der Verordnung. Dem wird jetzt durch klare und strenge Vorschriften begegnet:

- Die Liste der chemischen Stoffe wird von derzeit 145 auf über 300 erweitert.
- Bisher waren weitgehend nur Anlagen der Chemieindustrie von der Störfallverordnung betroffen. Die Verschärfung

sieht jetzt vor, daß der Anwendungsbereich der Störfallverordnung grundsätzlich auf alle genehmigungsbedürftigen Anlagen mit gefährlichen Stoffen ausgedehnt wird. Das bedeutet: Auch Lager für Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel sowie Düngemittellager werden künftig kontrolliert.

— Die Betreiber von Anlagen gefährlicher chemischer Stoffe werden verpflichtet, ein nach Art und Menge gegliedertes **Verzeichnis der gelagerten Stoffe** zu erstellen, auf dem laufenden zu halten und den Behörden auf Verlangen vorzulegen.

— Dieselben Betreiber werden verpflichtet, die **Sicherheitsanalyse** ihres Betriebes künftig bei der Behörde zu hinterlegen.

— Die **Meldepflichten** werden wesentlich verschärft. Künftig müssen alle Betriebsstörungen mit Außenwirkungen gemeldet werden.

Bereits jetzt ist absehbar, daß die Störfallverordnung zu einer erheblichen Zusatzbelastung bei den Unternehmen und den Behörden führen wird. Vorgesehen ist deshalb, daß künftig in stärkerem Maße als bisher **unabhängige Sachverständige zur Unterstützung der Behörden** herangezogen werden, um die Sicherheit bestehender und neu zu errichtender Anlagen zu prüfen. Dabei gehen die entstehenden Kosten zu Lasten der Betreiber.

Internationales Warn- und Alarmsystem Rhein

Auf Initiative der Bundesregierung hat die internationale Kommission zum Schutz des Rheines (IKSR) den Warn- und Alarmplan Rhein verbessert. Die

neuen Regelungen sind seit 1. November 1987 in Kraft. Durch entsprechende Schulungen, einschließlich der Auslösung von Probealarmen, ist das Personal auf die neuen Anforderungen bestens vorbereitet. Darüber hinaus sind die Meldewege durch die Ausrüstung aller internationalen Hauptwarnzentralen mit Telex- und Telefaxanschlüssen spürbar verbessert worden.

Umwelthaftungs- und Strafrecht

Auf Initiative der CDU ist die Forderung, eine obligatorische **Umwelthaftpflichtversicherung** einzuführen und die bestehende Gefährdungshaftung auf weitere Bereiche auszuweiten, in die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP aufgenommen worden. Die Umwelthaftpflichtversicherung soll durch die Höhe ihrer Beiträge bewirken, daß die Unternehmen Maßnahmen zur Verbesserung der Anlagensicherheit und des Umweltschutzes aus eigenen ökonomischen Überlegungen durchführen. Das Bundesumweltministerium prüft zur Zeit, ob eine Art „**Berufsgenossenschaft Umwelt**“ nach Vorbild der bereits bestehenden Berufsgenossenschaften in die Überlegungen zur Neuordnung des Haftungsrechtes und zur Verbesserung des Vollzugs einbezogen werden kann.

Aktionsprogramm Rhein

Die Sandoz-Katastrophe hat die Bedeutung des Rheins für die Trinkwassergewinnung vor Augen geführt. Die Reduzierung der noch bestehenden Verunreinigungen des Rheins und die fortlaufende Verbesserung des Ökosystems dienen nicht zuletzt der Sicherstellung dieser Trinkwassergewinnung.

Umweltverschmutzung macht an den Grenzen nicht halt; das gilt auch für den Rhein. Die **Ministerkonferenz der Rhein-anliegerstaaten** hat daher am 1. Oktober

1987 das „**Aktionsprogramm Rhein**“ beschlossen:

— Die erste Phase des Aktionsprogramms (1987 bis 1989) dient der Bestandsaufnahme, der Erarbeitung von Mindestanforderungen und technischen Konzepten sowie der Erstellung von Arbeitsprogrammen.

— Während der zweiten Phase des Programms (1989 bis 1995) sollen die Maßnahmen und Konzepte verwirklicht werden, die die **Gesamtmenge der Einleitungen schädlicher Stoffe um 50 % verringern**.

— Die dritte Phase (bis zum Jahr 2000) ist **zusätzlichen Maßnahmen** zur Sicherung der angestrebten Ziele vorbehalten.

Die Verwirklichung dieses Programms, an dessen Ende eine drastische Verminderung der Schadstoffe stehen soll, damit unter anderem früher vorhandene Arten wie z. B. der Lachs wieder im Rhein heimisch werden können, bedarf großer gemeinsamer Anstrengungen der Rhein-anliegerstaaten und der EG. Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um zum Erfolg des Aktionsprogrammes beizutragen.

Vertrauen für Perschau

Der Hamburger CDU-Oppositionschef Hartmut Perschau ist in Berlin zum neuen Vorsitzenden der Konferenz aller CDU-Fraktions-Vorsitzenden in Bundestag und Bundesländern gewählt worden. Das Fraktions-Koordinationsbüro verlegt jetzt seinen Sitz nach Hamburg. Nach seiner Wahl sagte Perschau: „Vermeidbare Disharmonien haben die Union in den letzten Monaten belastet. Ich werde in meinem neuen Amt dazu beitragen, daß CDU und CSU im fairen Ideen- und Interessenausgleich in allen Parlamenten einvernehmliche Sachentscheidungen treffen.“

Horst Waffenschmidt:

Volkszählung war erfolgreich

Schon heute kann ganz klar festgestellt werden, daß die weitere Abwicklung der Volkszählung 1987 planmäßig und erfolgreich verläuft. Damit bestätigt sich deutlich die vom Bundesinnenminister vertretene klare und eindeutige Linie, daß die große Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit der Volkszählung überzeugt werden konnte.

Nach Feststellungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und der kommunalen Spitzenverbände ist in ländlichen Regionen und kleineren Städten die Zählung nahezu abgeschlossen. In größeren Städten sind im Durchschnitt 95 % der Unterlagen in den Erhebungsstellen eingegangen. Die Erhebungsstellen haben bei den Statistischen Landesämtern, die die Fragebögen auswerten, durchschnittlich über die Hälfte der Volkszählungsunterlagen abgeliefert; in Bayern sind es bereits drei Viertel der Fragebögen. Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß die überwältigende Mehrheit der Erhebungsstellen konzentriert und zügig gearbeitet hat.

In fast allen Gemeinden, die ihre Volkszählungsunterlagen schon dem Statistischen Landesamt zugeleitet haben, lagen die Verweigerungen weit unter einem Prozent. Auch die Qualität der Daten ist gut. Sie entspricht dem Standard früherer Zählungen. Dies gilt grundsätzlich auch für die postalisch zurückgesandten Erhebungsunterlagen, wenngleich hier in größerem Umfang Nachbearbeitungen und Rückfragen bei den Bürgern erforderlich waren.

■ TERMINE

- 8.11. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 8.11. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
- 8.11. **MIT Bund**
Vorstand, Bonn
- 9.11. **CDU Bund**
35. Bundesparteitag, Bonn,
Beethovenhalle
- 11.11. **CDA Schleswig-Holstein**
Landesvorstand, Kiel
- 12.11. **CDU NRW**
Landesfachausschuß „Schule und
Bildung“, Düsseldorf
- 12.11. **LV Baden-Württemberg**
Landesfachausschuß „Raumord-
nung“, Stuttgart
- 15./21.11. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
- 16.11. **LV Berlin**
Vorstand, Berlin
- 16.11. **CDA Rheinland-Pfalz**
Vorstand, Mainz
- 18.11. **Junge Union NRW**
Fachtagung: „Frauen und Bun-
deswehr“, Iserlohn
- 20.11. **LV Braunschweig**
Landesausschuß, Braunschweig
- 20./21.11. **CSU**
CSU-Parteitag, München
- 20./22.11. **Junge Union**
Deutschlandtag, Dortmund
- 20./22.11. **Exil-CDU**
Deutschlandtagung, Oberbergen
- 21.11. **LACDJ NRW**
Fachtagung Gentechnologie, Bed-
burg/Hau
- 21.11. **LV Baden-Württemberg**
Landesfachausschuß Bildung –
Bildungstag, Lahr
- 21.11. **LV Hessen**
Landesparteitag zu Frauenthe-
men, Fulda
- 21.11. **EAK**
Sitzung des Evang. Arbeitskreises
Schleswig-Holstein, Kiel
- 21.11. **OMV Schleswig-Holstein**
Delegiertenversammlung, Plön
- 23.11. **Frauenvereinigung Baden-Würt-
temberg**
Landesvorstand, Stuttgart
- 23.11. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn

Raumordnungspolitik muß aus dem Elfenbeinturm der Experten

Während das großräumige Süd-Nord-Gefälle weiter zunimmt und die Probleme des ländlichen Raums eher größer als kleiner werden, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Raumordnungspolitik mehr in der Vorlage von ausführlichen Berichten als im konkreten Handeln ausgezeichnet. Nicht nur für die Mehrheit unserer Bürger, sondern auch für viele Politiker bleibt Raumordnung immer noch ein Buch mit sieben Siegeln.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt deswegen die Vorlage des Raumordnungsberichtes 1986 zum Anlaß, diese brennenden Themen offensiv anzugehen und in einer Plenardebatte des Deutschen Bundestages zu behandeln, erklärt Dietmar Kansy, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Raumordnung, Raumwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Das Bundesgebiet ist großräumig durch ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle gekennzeichnet. Dies drückt sich insbesondere in unterschiedlichen Situationen auf dem Arbeitsmarkt, der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich des Forschungsbereiches sowie der finanziellen Leistungskraft aus. Angesichts der föderativen Struktur unseres Staates kann die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet, wie es das Grundgesetz fordert, keine Nivelliererei sein.

Der ländliche Raum ist in seiner Vielfältigkeit als Lebens- und Kulturrbaum in Gefahr. Dies gilt sowohl für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie für Lebensbedingungen der Menschen und

die ökologische Ausgleichsfunktion. Da die Mehrzahl der Menschen dort nicht mehr Landwirte sind, ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsmarktsituation vorrangig. Bei der Einführung neuer Technologien und Kommunikationsmittel im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs dürfen die ländlichen Räume nicht gegenüber anderen Räumen benachteiligt werden.

Die Überlegungen einiger Raumordnungsprofessoren und Landesplaner, bestimmte Räume im Sinne einer bundesweiten Arbeitsteilung, „leerlaufen zu lassen“, müssen zurückgewiesen werden. Neben der Lösung der Agrarprobleme ist hier gezieltes staatliches Handeln erforderlich, um den Menschen auf dem Lande eine vernünftige Lebensbasis zu erhalten.

Staatskanzlei Düsseldorf arbeitet für SPD

Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Linssen, hat der NRW-Landesregierung vorgeworfen, sie benutze das Presseamt in der Staatskanzlei für parteipolitische Zwecke der allein regierenden SPD. Der NRW-Generalsekretär erwähnt einen „mehrköpfigen Arbeitsstab“, der systematisch gegen den CDU-Vorsitzenden Norbert Blüm recherchiere. Linssen: „Als handele es sich bei dem Presseamt der Regierung um die Pressestelle der Landes-SPD; wer immer noch Zweifel daran hatte, daß die Staatskanzlei zur Baracke der NRW-SPD erniedrigt wird: seit Mitte des Jahres ist dies Gewißheit.“

Wen die Steuerreform um wieviel entlastet	Jahres-einkommen ¹⁾ 1990	EST-Belastung 1985						Reformtarif 1990					
		Entlastung im Vergleich zu 1985 in Steuerklasse				verbleibende Belastung 1990 in Steuerklasse							
		I	III / 2	I	III / 2	I	III / 2	I	III / 2	I	III / 2	I	III / 2
	DM	DM	vH ²⁾	DM	vH ²⁾	DM	vH ²⁾	DM	vH ²⁾	DM	vH ²⁾	DM	vH ²⁾
I. Arbeitnehmer													
Angelernter Arbeiter ⁴⁾	22.600	2.590	11,5	1.260	5,6	- 480	- 18,5	- 1.260	- 100,0	2.110	9,4	0	0,0
Arbeiter in der elektrotechn. Industrie	33.646	5.832	14,7	3.200	9,5	- 839	- 14,9	- 1.788	- 55,7	4.793	14,2	1.420	4,2
Arbeiter in der Lederverarbeitung	37.019	6.776	19,3	3.802	12,8	- 1.100	- 30,8	- 1.944	- 93,7	5.473	12,7	1.927	5,2
Durchschnittsbediensteter	42.707	8.876	20,8	4.894	11,5	- 1.752	- 19,7	- 1.944	- 38,7	7.124	16,7	2.150	8,8
Bankangestellte	47.819	10.881	22,9	5.916	12,4	- 2.408	- 22,1	- 1.998	- 33,7	8.473	17,8	3.920	8,2
Industriearbeiter	48.195	11.118	23,1	5.036	12,5	- 2.472	- 22,2	2.006	- 33,1	8.464	17,9	4.036	8,4
Bergarbeiter	49.401	13.665	23,6	6.276	12,7	- 2.664	- 22,9	2.010	- 32,0	8.980	18,2	4.266	8,6
Chemiearbeiter	50.049	13.665	23,3	7.036	14,6	- 3.006	- 24,6	2.088	- 28,4	10.356	19,2	5.258	9,7
Automobilarbeiter	55.710	14.427	25,9	7.738	13,9	- 1.988	- 24,7	1.711	- 28,9	9.642	20,2	5.961	10,1
Arbeiter in der Mineralölverarbeitung	64.598	18.580	28,8	10.318	18,0	- 4.882	- 26,3	2.396	- 23,2	13.598	21,2	7.922	12,3
Angestellter	67.291	19.851	29,5	11.192	16,8	- 5.259	- 26,8	2.592	- 23,2	14.592	21,7	8.600	12,8
Angestellter im Bergbau	76.208	24.208	31,8	14.224	18,7	- 6.485	- 26,8	3.434	- 24,1	17.723	23,3	10.790	14,2
Verkäufer/in ⁴⁾	120.000	46.795	39,0	32.692	27,2	- 10.564	- 22,6	9.558	- 29,2	36.231	30,2	23.134	19,3
Manager	180.000	78.725	43,7	82.172	34,5	- 12.245	- 15,6	17.776	- 28,6	66.480	36,9	44.396	24,7
II. Selbständige													
Gewerbetreibender ⁴⁾													
Händler/in ⁵⁾													
Steuerberater ⁵⁾													
Rechtsanwalt ⁵⁾													
Arzt ⁵⁾													
Fabrikant ⁴⁾													

¹⁾ Bei Arbeitnehmern: Bruttojahreslohn nach steuerlichen Einkommen noch Ergebnisse von V. h. des Jahreseinkommens

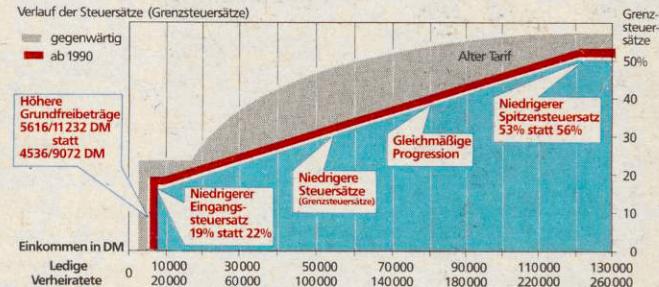
Die drei Stufen der Steuer

1. Stufe 1986: Insbesondere Einkommen und die Familienentlastung – insgesamt um 1

2. Stufe 1988: Der Abflachung des Tarifsteuer. Aber auch die unter den Familien mit Kindern Volumen dieser Stufe: fast

3. Stufe 1990: Der steuerlandschaftsfreundliche Tarif sanft ansteigenden Progr

Wort gehalten: Wir senken die Steuern



► Dauerhafte Entlastung für alle Steuerzahler – weniger Steuern: Das heißt mehr Geld im Portemonnaie.

► Mehr Steuergerechtigkeit für alle durch Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen.

► Leistung lohnt sich wieder; vor allem bei Mittelstand und Facharbeitern wird die übermäßige Steuerprogression abgebaut.

► Steuersenkung sichert mehr Wohlstand für alle, bringt neue Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Die Steuersenkungspartei

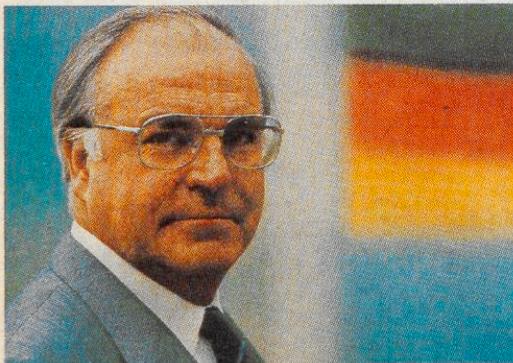


Das abgebildete doppelseitige Flugblatt zur Steuerreform können Sie über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold beziehen.

Mindestabnahme:
500 Exemplare
Preis pro
Mindestabnahme:
40,— DM
zuzügl. MwSt.
Bestell-Nr.: 1117

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Fünf Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl



Fünf gute Jahre für unser Land CDU

Eine Zwischenbilanz



Neue Broschüre

In nur fünf Jahren hat die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung den Problemstau in wichtigen Politikbereichen abgebaut und ein stabiles Fundament für die Gestaltung unserer Zukunft geschaffen.

Die jetzt vorliegende Zwischenbilanz gibt einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Entscheidungen. Sie ist eine wirksame und hilfreiche Argumentationsammlung, mit der CDU-Mitglieder offensiv die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl verdeutlichen können.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme:
37,50 DM
Bestell-Nr.: 5012

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

35/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.